



09.04.2011 - 19:38 Uhr

proTELL Gesellschaft für ein freiheitliches Waffenrecht / Generalversammlung vom Samstag, 9. April 2011 in Olten

Olten (ots) -

Vergessen verboten! - Scharfe Kritik an den Initianten der Entwaffnungsinitiative und an Bundesrätin Sommaruga
An der Generalversammlung von proTELL kritisierte Präsident alt- Nationalrat Willy Pfund die Initianten der hinterhältigen Entwaffnungsinitiative scharf. Kein Verständnis zeigte er auch für die von schlechtem Demokratieverständnis zeugenden Aussagen von Bundesrätin Sommaruga, welche unmittelbar nach dem deutlichen Nein des Volkes einer weiteren Verschärfung der Gesetzgebung das Wort redete.

Genugtuung über den klaren Volksentscheid vom 13. Februar 2011 proTELL zeigt sich über den Ausgang der Volksabstimmung zur Entwaffnungsinitiative vom 13. Februar 2011 befriedigt und dankt sowohl der Stimmbürgerschaft wie auch den zahlreichen Verbänden und Organisationen, welche zum wichtigen Nein beigetragen haben. "Vergessen verboten!", rief Präsident Pfund an der Generalversammlung vom 9. April 2011 in Olten aus und meinte damit nicht nur die wahre Absicht der GSoA und SP zur Abschaffung der Milizarmee, sondern auch die Rolle eines grossen Teils der Medien, welche die fadenscheinigen Argumentationen der Initianten und die sie unterstützenden Organisation unkritisch weiterverbreiteten. Scharf kritisierte Pfund auch das Verhalten von Bundesrätin Sommaruga, die das deutliche Nein des Volkes mit der Drohung einer weiteren Verschärfung des gültigen Waffenrechts quitierte.

Fortsetzung des Kampfes für ein freiheitliches Waffenrecht und klare Forderungen von proTELL Mit der Initiative zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und zahlreichen parlamentarischen Vorstössen zur Schwächung der Milizarmee und zur weiteren Verschärfung des Waffenrechts in der Schweiz, kommen immer neue Antiwaffen-Vorschriften von der EU und in zunehmenden Masse auch von der UNO. Die Tatsache, dass die Schweiz mit der "Schengen-Volksabstimmung vom 5. Juni 2005" die jahrhundertealte waffenrechtliche Souveränität an die EU abgetreten hat, rächt sich ebenso bitter, wie der seinerzeitige UNO-Beitritt diese Abhängigkeit weiter verstärkt. proTELL fordert sowohl die weiterhin uneingeschränkte und kostenlose Heimabgabe der persönlichen Waffen an die Armeeangehörigen, sowie den Verzicht auf weitere Verschärfungen des geltenden Waffenrechts. Die enge Zusammenarbeit mit Schützen, Jägern, Sammlern und Waffenhändlern soll weiter verstärkt und zu diesem Zweck nicht nur die IGS (Interessengemeinschaft Schweiz), sondern auch jener Verein weiterbestehen bleiben, welcher den Kampf gegen die Entwaffnungsinitiative erfolgreich angeführt hat.

Kontakt:

Hermann Suter
Lohrihof 2,
6404 Greppen
Mobile 079 415 50 05
E- Mail: hermann.suter@bluewin.ch

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100007002/100622676> abgerufen werden.